

# Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes  
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 1

Erscheint alle 14 Tage Samstag. Redaktionschluss  
Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung  
steht durch die Volk bezogen 1.- Mark für das  
Dritteljahr Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

Köln, den 12. Januar 1929  
Geschäftsstelle Denloer Wall 7 / Fernruf West 57 259

Anzeigenpreis für die sechsgepaalten Wirtschafstabelle  
20 Fremig. Stellenanzeigen und -Angebote lösen  
die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Voraus-  
zahlung. Gebildungen. Verlagskonto 3548 Köln

26. Jahrg.

## Gewerkschaft und Kultur

Von Professor Dr. H. Brauer.

II.

Wie aber will die Gewerkschaft, die sich doch selber das Arbeitsfeld abgegrenzt hat und ursprünglich nichts will als Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu ihrem Ziele, der Erneuerung der Arbeit, gelangen? Sieht sie nicht wie ein Zwerg dem Riesen gegenüber, der ihrer Last und spottet und jeden Augenblick sie zu zerschmettern droht? Muß sie nicht verzweifeln, wer die Dinge so sieht, wie sie sind, und sich nicht in Illusionen wagt?

Wiederum ist zu sagen: Wer nur am Äußereren haftet, hat recht mit seinem Spott oder seiner Verwünschung. Lohn- und Arbeitsbedingungen wirken wie ein lächerlich mangelnder Ausschritt aus einem ungeheuren, kaum über-sichtbaren Ganzen. Wer dagegen tiefer dringt, der erkennt die Einwirkung auf sie als den Punkt, von dem aus diese ganze Welt aus den Angeln gehoben werden kann, um durch eine neue ersetzt zu werden. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus gesehen, ist der Lohn dem Arbeiter alles: erst die Grund-lage seiner Existenz. Der Arbeiter hat ja nichts als seine Arbeitskraft, und darum — nicht durch seine eigene Schuld — ist es eine lebenswichtige Sache für ihn, wie und in welcher Höhe die Verwendung seiner Arbeitskraft entlohnt wird. Das heutige Arbeitsverhältnis stellt nicht Leben und Existenz des Arbeiters sicher, wie es die Arbeitsgemeinschaft des Mittelalters tat, die zugleich Lebens- und Familiengemeinschaft war. Weil dem Arbeiter in der Regel keine andere Einkommensquelle fließt, ist sein Leben einfach ein Rechenexempel geworden, denn das Leben von heute hat durchschnittlich keine Vorgänge, die „nichts kosten“. Alles muß irgendwie „bezahlt“ werden. Gewiß schlägt sich auch mancher schlechtbezahlte Tagelöhner in vorbildlicher Ehrenhaftigkeit durch sein mühsames und qualvolles Leben. Unsere Hochachtung all diesen Tapfern! In der Regel aber geht die Pflicht, menschenwürdig zu leben, eine anständige Entlohnung voraus. Die primitivste Gütlichkeit im Familienleben verlangt eine Wohnung, in der nicht schon die Kinder wimmern werden um die intimsten Vorgänge, die der Generationenfolge zugrunde liegen, weil der fehlende Raum eine Vielheit von Menschen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zusammenwängt. Eine anständige Wohnung aber ist ein teurer Artikel. Sodann: Die Demokratie lebt jeden auf zu tätiger Anteilnahme am öffentlichen Leben. Diese Anteilnahme jedoch geht durchweg eine Reihe von Auslagen für die Heranbildung zu derselben voraus; denn das öffentliche Leben in seinen vielen Ver-wandlungen fließt nicht wie eine Rinderfibel. Das hin-wiederum — ein einfaches Rechenexempel — setzt auch bei den Kernsten einen Lohn voraus, der Raum läßt zu solchen Auslagen zur Erzielung der einfachsten staatsbürgerlichen Pflichten. Oder soll unsere Demokratie eine Plutokratie, d. h. eine Herrschaft des Geldbeutels, werden? Wenn sie aufbauen soll auf einer wirklichen Führerauslese, dann wissen wir und wollen es allent-halbem vernehmbar verkünden: Auch der Arme hat seine Würde und seine Berufung!

So wird für den arbeitenden Menschen die Lohnfrage zu einer Lebensfrage. Und damit ergibt sich in weiterer Schlussfolgerung, die fundamental ist für die ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Soll es ewig sein. Werden haben mit der jetzigen Regelung, die das ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsleben auf dem Lohnsystem errichtet? Oder sind nicht Formen möglich, die es mildern, viellecht, indem sie andere Quellen für das Einkommen des Arbeiters mit erschließen, etwa in irgend-einer Form des Mittelbesitzes usw.? Sicherlich kann kein leblich Denkender das Wort von Karl Marx bestreiten, daß es nicht die Natur sei, die auf der einen Seite Geld- oder Wareneigentum und auf der anderen Seite bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft erzeuge. Das heutige Lohnsystem jedoch macht den Arbeiter tatsächlich zum Ar-beitervorkauf, als ob er von Natur dazu abgestempelt sei. Da gibt es, in ruhiger Ueberlegung, aber mit zähem Willen eine Aenderung zu erstreben, die das Natur-widrige an Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus-merzt. Wir dürfen überzeugt sein, daß wir da auch die besten unter den Unternehmern mitziehen werden, jene, denen der Respekt vor der Menschenwürde höher steht als der Geldbeutel. Jedenfalls ergibt sich die grundlegende Bedeutung der Lohnfrage für das ganze Gemeinschafts-

leben. Wer die Ueberwindung des „rechenhaften“ Men-schen will, der kämpfe und strebe mit, daß nicht Millionen von arbeitenden Menschen jede Neuerung eines höheren Lebens vorsichtig „berechnen“ müssen und oft verzweifelt dastehen, weil es „dazu nicht langt“.

Und dann die Arbeitsbedingungen! Ist es ein Wunder, wenn einfallen, da wir noch am Anfang stehen, Mißtrauen eiferfüchtig darüber wacht, daß keine Linie auch nur im geringsten verschoben werde? Und dabei zieht doch die Entwicklung des Arbeitsprozesses selber ein Stück nach dem anderen selbst den neuesten Ver-trägen vom Boden unter den Füßen weg! Denn die moderne Art der Rationalisierung bedeutet im Wesen nichts anderes als steigende Herrschaft des Werkzeuges, der Maschine über den arbeitenden Menschen, und das ist gleichbedeutend mit verstärkter Herrschaft des Besten der Produktionsmittel über diesen arbeitenden Menschen. Jetzt erst vollendet sich, daß der Teilarbeiter zum völligen Anhängsel der Maschine wird und damit das Schicksal der Maschine teilt, d. h. jeden Augenblick, wenn eine Neuerung aufkommt, mit ihr zum „alten Eisen“ geworfen werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft geht unüber-rücklich verloren, denn der arbeitende Mensch muß seinen Willen der Maschine opfern. Hier geht es also um den Menschen selber! Hier steht menschliche Kultur schiefthin auf dem Spiele! Und die Gewerkschaft, indem sie zur Erneuerung der Arbeitsbedingungen ansetzt, rettet Kultur im barsten Wortsinne. Freilich: diese Arbeit ist unge-

heuer schwer. Und es ist menschlich verständlich, daß in Hunderttausenden sich die fixe Idee festsetzen kann: Warum nicht überhaupt diese sogenannte Ordnung zusammenschlagen, um auf den Trümmern ganz von neuem anzufangen?!

Die christlichen Gewerkschaften wollen sie neu und organisch aufbauen, indem sie den Arbeiterstand errich-ten wollen. Damit ist befundet, daß die Arbeitsbedingun-gen nicht loszulösen sind von einer Gesamtordnung. Nur indem eine neue Gesamtordnung aufgerichtet wird, die die Arbeiterkraft in vollem Umfange gleichwertig und gleichgewertet den anderen Berufsständen zuordnet, kann auch die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen neu geordnet werden. Denn diese Neuordnung trifft nicht den Arbeiter allein: sie trifft alle, die eifrig arbeiten an der Wirtschaft beteiligt sind mit dem Ziele, an Stelle des Kapitalinteresses das Arbeitsinteresse in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Von jener berufs-ständischen Grundlage aus erkennen die christlichen Ge-werkschaften naturgemäß den wahren Unternehmer in seiner Eigenart und in seiner Stellung an: ohne ihn ist kein Fortschritt, ist keine Entwicklung der Wirtschaft denk-bar. Dagegen lehnen sie sich auf gegen die Aufzählung des besten Teiles des Produktionsertrages durch bloßes Kapitalistentum. Denn es hat keinen Platz in einer auf Arbeit aufbauenden ständischen Ordnung; ebensowenig wie der Wucherer und der Bodenpekulant und ebenso-wenig wie der politische Schieber und der geschäfts-machende Demagoge. (Schluß folgt.)

## Die Arbeitgeber rüsten zum Kampf

Geheime Kampf vorbereitungen des Adav

Wiederholt haben wir in letzter Zeit darauf hinge-wiesen, daß die Arbeitgeber der Wählbranche sich an-schließen, das Verhältnis zu den Arbeitnehmerverbän-den anders zu gestalten, als es in den letzten Jahren war. Einen großen Teil der Arbeitgeber paßt die bis-herige Tarifvertragspolitik des Adav nicht. Man glaubt, besser abzuschneiden, wenn man die Politik der Versündigung und des Ausgleichs verläßt und an deren Stelle den Kampf mit der Gewerkschaft setzt.

Diese Anschauung ist seit langem in vielen Innungen vertreten. Es handelt sich bei den Verfechtern dieser Anschauung meist um kleine Scharfmacher, die, weil sie nur wenig Arbeitskräfte beschäftigen, keine große Bedeutung im Gewerbe haben. Wegen ihrer engen zünftlerischen Einstellung können sie kein richtiges Ver-ständnis für ein modernes und neuzeitliches Tarif-vertragswesen aufbringen. Ihr Gezeter gegen die tarifvertragliche Ordnung bleibt solange ohne Gefahr für den gewerblichen Frieden, als nicht andere Ar-beitgeberfreie, die im Gewerbe etwas bedeuten, davon angefaßt, bzw. beeinflusst werden. Dieser Zeitpunkt scheint nunmehr gekommen zu sein.

Schon nach Abschluß der Lohnbewegung im letzten Frühjahr wurden Stimmen aus dem Arbeitgeber-lager laut, die darauf schließen ließen, daß sich in Wälde eine Wandlung in der Tarifpolitik des Adav vollziehen würde. Herr Rudolf, der Vorsitzende des Adav, schrieb in einem Rückblick auf die zentralen Tarifverhandlungen folgenden Satz: „Ich sage es offen, wir brauchen einen Kampf nicht zu fürchten, und eines Tages wird er durchgeführt werden müssen.“ Andere Arbeitgeberführer sprachen sich in ähnlichem Sinne aus.

Nunmehr ist die Leitung des Adav einen Schritt weiter gegangen. Der Hauptvorstand hat in seiner letzten Sitzung, die anfangs Dezember in Karlsruhe stattfand, beschlossen,

einen Kampffonds zu schaffen, um mit Hilfe desselben die Forderungen der Arbeit-nehmerverbände abzuwehren. Dieser Beschluß ist den Vorsitzenden der Ortsgruppen in einem Rundschreiben vom 14. Dezember 1928, das als „streng ver-träulich“ bezeichnet ist, mitgeteilt worden.

Der Betrag zu diesem Kampffonds der Arbeit-geber beträgt 10 Pfg. für jede männliche, und 4 Pfg. für jede weibliche beschäftigte Arbeitskraft pro Woche, oder 1,90 Mark für männliche und

55 Pfg. für weibliche Beschäftigte im Viertel-jahr. Außerdem hat der Hauptvorstand des Adav beschlossen, als Gründungsfonds leihweise die für die Karlsruher-Stellung angefallenen Geld-er im Betrage von rund 27 000 Mk. heranzuziehen, und ferner an die Ortsgruppen und Mitglieder mit der Bitte heranzutreten, diesem Gründungsfonds

durch freiwillige Spenden,

entweder aus den Kassenbeständen der Ortsgruppen oder aus Zuweisungen durch einzelne Mitglieder zu ergänzen und auf eine entsprechende Höhe zu bringen. Interessant ist die Begründung, die der Hauptvorstand des Adav seinem Beschlusse, den Kampffonds zu bilden, gibt. Sie gewährt einen so vorzüglichen Ein-blick in die Absichten der Arbeitgeber, daß wir uns nicht versagen dürfen, dieselbe hier wörtlich wieder-zugeben. In dem angezogenen Rundschreiben heißt es:

Wiederholt sind wir gegenwärtig der letzten Lohn-verhandlungen von einem Teil der Mitgliedschaft hart angegriffen worden, weil wir nicht dazu übergingen, den Kampf mit der Gewerkschaft aufzunehmen und steher streiken zu lassen, als dem Gewerbe neue Be-lastungen aufzulegen. Diese Vorwürfe waren un-berechtigt, denn die Zeit für Kampfmaßnahmen war noch nicht gekommen, die Verhältnisse lagen für unser Gewerbe noch viel zu ungünstig, als daß wir einen Kampf hätten wagen können.

Inzwischen hat sich nun die Lage wesentlich geändert; die Industrie mit ihren kapitalstarken Betrieben, die bisher sich genau so wie wir den gegebenen Verhält-nissen angepaßt und den Diktaten der obersten Schlichtungsbehörden gebeugt hatten, ist zu einer Frontver-änderung übergegangen und hat den Kampf aufgenom-men, um dem unhaltbaren Zustande, das lebendig aus politischen und parteilichen Erwägungen heraus und ohne jede Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage Schiedsprüche mit erheblichen Lohnherabsetzungen gefällt und für verbindlich erklärt wurden, ein Ende zu be-reiten. Die Aufnahme dieses Kampfes war ihr aber nur dadurch ermöglicht worden, daß sie

einen Millionenkampffonds schuf,

der ihr den nötigen Rückhalt verschaffte. Auch wir hätten schon längst zur Schaffung eines solchen Kampffonds schreiten müssen, doch glauben wir immer noch die schwierige Lage unseres Gewerbes be-rücksichtigen und unsere Mitglieder mit einer derartigen finanziellen Belastung verschonen zu müssen.

Jetzt ist aber die Zeit gekommen, wo wir nicht länger mehr warten dürfen, sondern

wo es zu handeln gilt. Der Hauptvorstand ist sich darüber klar geworden, daß die Zeit des Abwartens vorüber ist und daß auch wir jetzt an die Schaffung eines Kampffonds heranzutreten müssen.

Das Rundschreiben, das wir hier fünggemäß wieder-  
geben, wirkt für sich. Wir brauchen es deshalb nicht  
im einzelnen zu kommentieren. Nur einige Be-  
merkungen seien uns gestattet. Zunächst die Frage an  
den Advo, ob er wirklich der Ansicht ist, daß die Ge-  
hilfen im Maschinenbergwerk infolge der derzeitigen  
Lohnverhältnisse so günstig gestellt sind, daß eine Zu-  
rückbildung notwendig und möglich ist? — Bei  
erster und objektiver Erwägung der Lage der Ar-  
beiter im Berufe wird er mit uns zu der Über-  
zeugung kommen müssen, daß das nicht der Fall ist.  
Wenn aber die Lohnverhältnisse im Maschinenber-  
gewerbe, namentlich im Hinblick auf die vielen ar-  
beitslosen Tage und Wochen, nicht als günstig, son-  
dern immer noch als verbesserungsbedürftig bezeichnet  
werden müssen, so wirkt sich die weitere Frage auf:  
wäre es im Interesse des Gesamtgewerbes nicht rich-  
tiger, die bisherige bewährte

**Politik des Ausgleichs der Interessengegenstände**  
beizubehalten, anstatt Kämpfe vorzubereiten, die  
zweifellos das Bordringen der Konfektion  
weiter begünstigen werden? — Die Ma-  
schinerei hat unseres Erachtens alle Ursache, alles zu  
vermeiden, was die angebotene Entwicklung fördern  
kann.

Der Abschluß des großen Kampfes in der Eisen-  
industrie, worauf ansehnend der Hauptvorstand des  
Advo zu große Hoffnungen setzte, dürfte doch auch den  
Arbeitgebern der Maschinenerei gezeigt haben, daß  
selbst ein Millionenkampf der Unternehmer nicht  
davor bewahrt, auskömmliche Löhne zu gewähren.  
Sehr erkaunt waren wir, als wir in dem Rund-  
schreiben sahen, daß die Karl. Schwarz-Stiftung  
auf die Verwendung der Advo zu bilden. Wir sind  
nicht kompetent, dem Advo Vorschriften darüber zu  
machen, wie er diese Stiftung verwendet. Die Ge-  
hilfsenschaft aber macht sich ihre eigenen Gedanken zu  
solchen Dingen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen  
wissen nun, daß in der Maschinenerei das  
Barometer auf Sturm steht. Sie werden  
rechtzeitig vorzubereiten haben, damit sie nicht von der  
Sturmflut überrollt werden. Die Organisation kann  
unmöglich den Dingen freien Lauf lassen, sondern  
muss Gegenmaßnahmen treffen. Ein schlechter Heer-  
führer, der einen Kampf kommen sieht und nicht recht-  
zeitig für Munition sorgt. Angesichts der Maßnahmen  
der Unternehmer kann es für uns nur heißen:

**Der den Frieden will, der erste zum Kampf!**

Die Unternehmer der Konfektion haben im  
letzten Sommer versucht, die Gehilfenverbände schach-  
tmatt zu setzen und der Arbeiterschaft ihren Willen auf-  
zujamben. Es ist ihnen nicht gelungen, trotz vier-  
einhalbwöchentlicher Aussperrung. Sie mußten einen  
Frieden mit der Gehilfsenschaft schließen, den sie vor  
dem Kampfe billiger hätten haben können. Selbst die  
Großkapitalisten in der Eisenindustrie mußten er-  
kennen, daß die Arbeiterschaft nicht zu Kreuze kriecht,  
wenn auch die Fabrikttore wochenlang geschlossen  
bleiben.

**Auch der Plan des Advo darf nicht gelingen!**

Er wird nicht gelingen, wenn wir für genügend  
Mittel sorgen, um den geplanten Ansturm der  
Arbeitgeber zu parieren. Darum erwarten wir, daß  
unsere Mitglieder alle ohne Ausnahme dem Beschluß  
unseres Zentralvorstandes, vierteljährlich einen Extra-  
beitrag zu zahlen, nachkommen.

**Der Einsatz ist klein; die Aussicht auf Gewinn groß.**

Ein verllorener Streit oder eine zu Gunsten der  
Arbeitgeber verlaufene Aussperrung würde die Ge-  
hilfschaft zehnmal mehr schädigen, als die kleine Be-  
lastung, die der Zentralvorstand den Mitgliedern auf-  
erlegt hat, ausmacht. Es müßte um die gewerkschaft-  
liche Schulung unserer Mitglieder sehr schlecht bestellt  
sein, wenn sie nicht gemüß wären, einen Ein-  
satz in der Vertiefung für die Sicherung  
ihrer Existenz und zur Abwehr der rea-  
tionären Pläne der Unternehmer zu opfern.

Der Extrabeitrag, den der Zentralvorstand fest-  
setzt hat, beträgt für männliche Mitglieder 1.00 Mk.  
und für weibliche 50 Pfg. im Quartal. Der Vorstand  
hat also die Leistungsfähigkeit der Mitglieder weit-  
gehend berücksichtigt. Er darf deshalb erwarten, daß  
alle Mitglieder im Quartal wenigstens  
einen Sonderbeitrag leisten. Der mehr er-  
übrigen kann, zähle zwei oder drei Extrabeiträge. Je  
mehr Gelder durch die Mahnahme des Zentralvor-  
standes bei der Zentrale einlaufen, um so besser haben  
wir die Möglichkeit, die Pläne der Arbeitgeber zu  
durchkreuzen.

**Wir brauchen eine schlagkräftige Organisation!**

Ein finanziell starker Verband ist in der Lage, allen  
Anstürmen der Arbeitgeber zu trotzen und aktiv an  
der Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer zu ar-  
beiten. Haben wir gute Kasserverhältnisse in der Or-  
ganisation, so können wir mit Ruhe in die Zukunft  
sehen. Dann brauchen uns die Kampfmaßnahmen der  
Arbeitgeber nicht zu schrecken. Sie werden dann wer-  
den „ein Teil der Kraft, die das Böse will  
und doch das Gute schafft!“

### Kritisches zur Arbeitgebertagung

Der Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeit-  
geberverbände, Geheimrat Dr. C. von Borjig, hielt auf  
der letzten Mitgliederversammlung am 14. Dezember in  
Berlin einen Vortrag über „Grundfällige Fragen der  
deutschen Sozialpolitik“. Nach einer sehr pessimistischen  
Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung seit der  
Währungsstabilisierung wies er darauf hin, daß die  
Steigerung der Gehälter und Löhne, die Verkürzung der  
Arbeitszeit, die Ausdehnung der Sozialversicherung, so-  
wie die Erreichung des Fortschrittsstandards trotz  
Zerstückelung eines großen Teils unserer Wirtschaftskraft  
beweis genug dafür seien, daß die deutsche Arbeitneh-  
merschaft „einen außerordentlich hohen Anteil“ an dieser  
Entwicklung gehabt habe.

Darauf ist zu sagen, daß die Arbeitnehmerschaft die  
Entwicklung der deutschen Wirtschaft keinesfalls so pes-  
simistisch beurteilt, als es aus durchschlagenden Gründen einige  
Führer der deutschen Unternehmer häufig tun. Die deut-  
schen Arbeitnehmer wissen, welche gewaltigen Leistungen  
sie besonders seit der Währungsstabilisierung mit dem in-  
zwischen durchrationalisierten Produktionsapparat voll-  
bringen. Die Produktionskapazität betrug im Jahre 1927  
nach den Schätzungen herporragender Wirtschaftsexperten  
rund 60.000 Millionen RM. Das Geschäftsjahr 1928 wird,  
nach den bisherigen Berichten und Abwägungen, eben-  
falls ein gutes sein. Der weitaus größte Teil der gewalt-  
tigen Rationalisierungsarbeiten und Investitionen wurde,  
wie einwandfrei festzustellen ist, aus laufenden Mitteln  
bzw. durch Selbstfinanzierung aufgebracht. Unser Anteil  
am Weltmarkt hebt sich zusehends. Zwar haben wir den  
Prozentfuß der Friedenszeit noch nicht erreicht. Es ist  
aber gewiß sehr tröstlich, daß wir, die wir fast fünf Jahre  
lang von den gegnerischen Ländern im Weltmarkt völlig  
blodiert waren, jetzt schon wieder über drei Viertel unse-

res ehemaligen Auslandsabzuges durch Abkommen, San-  
delsentwürfe und mangelhafte Unternehmer erbringen  
können. Unsere Handelsflotte, die uns die Segner fast  
restlos weggenommen, befindet heute bereits wieder alle  
Weltmeere und zwar mit weit neuen und schnelleren  
Schiffen, deren Tonnage mit rund vier Millionen Ton-  
nen nicht mehr weit von Friedensstand entfernt ist. In  
wirklicher Not ist in Deutschland nur ein bestimmter Teil  
der Landwirtschaft. Die Rote müßte bedoben werden.  
Denn kein vernünftiger Deutscher wird eine Entwidlung  
begünstigen wollen, die die deutsche Landwirtschaft zu-  
gunsten einer noch größeren Ausdehnung der Industrie  
noch weiter zurückdrängt.

Mit dem „außerordentlich hohen Anteil an dieser Wirt-  
schaftsentwicklung“, den die Arbeitnehmerschaft gehabt  
haben soll, ist leider nicht weit her. Man bleibe uns  
mit einem Vergleich mit den Inbezugnehmern, besonders mit  
dem sogenannten Lebenshaltungszindex, weg. Das ist ja  
der große Irrtum, der in der Öffentlichkeit mit diesen  
Ziffern erweckt wird, daß die Lebenshaltungskosten gegen-  
über der Friedenszeit nur um rund 50 Prozent gestiegen  
seien. Daß diese Berechnungen unrichtig sind, beweist die  
Bragis. Ein Pfund Butter kostete zurzeit 2.20 RM, bis  
2.40 RM, gegen 1.— bis 1.20 RM im Frieden. Ver-  
teuerung rund 100 Prozent. Frische Eier kosteten früher  
im Winter höchstens 10 Pfg., heute 22 bis 25 Pfg. das  
Stück. Mehlkosten über 100 Prozent. Für ein zwei-  
pündiges Roggenbrot werden in Berlin 40 bis 50 Pfg.  
genommen; früher kostete dasselbe 20 bis 25 Pfg. Ver-  
teuerung rund 100 Prozent. Brotbacken gab es früher 5  
bis 6 Stück für 10 Pfg., jetzt 3 für 8 Pfg. Gute Weizenmehl  
kostete im Frieden 1.— RM, bis 1.20 RM; der jetzige  
Preis beträgt 2.20 bis 2.40 RM. Verteuerung rund 100  
Prozent. Die gewöhnliche Brot- oder Leberwurst kostete  
früher 30 bis 40 Pfg. das Pfund; heute 60 Pfg. bis 1.20  
RM. Also Steigerung um das Doppelte und Dreifache.  
Die Kartoffeln kosteten um die Einfuhrzeitzeit herum  
der Zentner 2.20 bis 2.80 RM; heute im Kleinhandel  
4.50 bis 7.— RM. Verteuerung über 100 Prozent. Die  
Landwirte erhalten allerdings nur ein geringes über den  
Friedenspreis. Die ungeheure Gewinnspanne bleibt auch  
hier, ebenso wie beim Fleisch, beim Milchhandel  
hängen. Ein guter Anzug „von der Stange“ kostete  
früher 40.— bis 50.— RM. Jetzt kostet dieselbe Qualität  
100.— bis 120.— RM., also das Zweifelhafte bis Dreifache.  
Die Hute sollen ebenfalls mindestens das Dreifache  
gegenüber dem Frieden (2.50 gegen 10.— bis 12.— RM.),  
Schuhe guter Qualität, die früher den Preis von 9.50 bis  
12.50 RM. hatten, kosten heute rund das Doppelte. Ja,  
wird man einwenden, aber die billigen Hute! Ganz  
abgesehen davon, daß die Altmieten auf 120 Prozent und in  
einigen Ländern noch viel höher gestiegen sind, hat  
heute der Mieter, wie z. B. in Berlin, Kassen für den  
Hausbesitzer zu tragen, mit denen er früher nichts zu tun  
hätte. Es wird übrigens bei der amtlichen Anrechnung  
des Wohnungsanteils an den Lebenshaltungskosten des  
Arbeitnehmers verfahren, daß ein sehr großer Teil der  
Mieten in neuen Wohnungen wohnen muß, die auf den  
Wohnflächenraum berechnet, mindestens das Doppelte als  
im Frieden kosten.

Der sogenannte „sonstige Bedarf“, der in der öffent-  
lichen Statistik bereits mit 85 Prozent Preissteigerung an-  
gegeben wird, kostet eigentlich ja noch viel mehr. Man  
nehme nur das Käse- und Haarfleisch (vom Damen-  
schneidern ganz abgesehen) als Beispiel. Beim Haar-  
schneiden zahlen wir den dreifachen und beim Käse-  
schneiden den zweieinhalbfachen Preis gegenüber früher. Was be-  
trägt gegenüber diesen Tatsachen der amtlich ermittelte  
„Lebensindex“ von 150 bis 152? Herzlich wenig!

So steht es also in Wirklichkeit mit den Nahrungs-,  
Kleidungs- und Wohnverhältnissen der breiten Volks-  
schichten aus. Und wie steht es mit dem Lohn? Die  
Landarbeiter haben im Osten im Durchschnitt mit Deu-  
talun aus für eine volle Arbeitskraft rund 100.— RM.  
Monatslohn. Die Industriearbeiterchaft hat, wie die

### Die Angst vor dem Kinde

Von Dr. med. Treuenbriegen.

Es ist ein überaus trauriges Zeichen unserer Zeit, daß  
die Geburtshelfer häufig und nachgerade in beorgnis-  
erregender Weise abhinken und daß das Deutsche Reich in  
dieser Hinsicht an der Spitze aller Kulturländer mar-  
schiert. Die Ursache dieser Erscheinung ist in einem  
schlechten Willen zum Kinde zu suchen, der teils auf die  
wirtschaftliche Notlage vieler Familien, teils auf völlig  
unberechtigte, selbstwählige Gründe (Eitelkeit, Bequem-  
lichkeit u. a.) zurückzuführen ist.

So bedauerlich der Geburtenrückgang, der sich zunächst  
in den Städten bemerkbar machte, seit geraumer Zeit  
aber in höchst bedenklichen Ausmaßen auch auf das Land  
übergreifen hat, noch bevorzugspolitischen Stand-  
punkte aus auch ist, nicht minder ernst sind die Begleit-  
erscheinungen zu bewerten, unter denen er zustande  
kommt. Die verminderte Geburtenziffer ist nämlich nicht  
auf eine größere Enthaltensamkeit im geschlechtlichen Ver-  
kehr zurückzuführen, sondern auf die Anwendung emp-  
fängnisverhütender, oft geschlechtlich höchst bedenklicher  
Mittel, vor allem aber auf eine geradezu erschreckende  
Zunahme der Abtreibungen, deren Zahl man nach vor-  
läufigen Schätzungen auf jährlich 500.000 bis 600.000 im  
Deutschen Reich annehmen darf! Was das bedeutet, geht  
aus einer Reihe örtlich durchgeführter Erhebungen her-  
vor: es wurde festgestellt, daß in manchen Städten die  
Hälfte und noch mehr aller Schwangerschaften durch eine  
Frühgeburt vorzeitig beendet wurden und daß von diesen  
Frühgeburten 90 nach einer anderen Berechnung sogar  
85 auf beabsichtigte Eingriffe zurückzuführen waren!  
Es darf daher wohl im wahren Sinne des Wortes von einer  
„Abtreibungsepidemie“ gesprochen werden!

Alle Versuche, auf wirksamem Wege eine Schwan-  
gerchaft zu beenden, wie und von wem sie auch vor-  
genommen werden, bedeuten eine schwere Gefährdung der  
mütterlichen Gesundheit. Ist es doch häufig zu erwägen,  
daß die Zahl der Todesfälle nach Frühgeburt heftigmal  
zu groß ist wie nach rechtzeitiger Entbindung, und daß z. B.  
in Berlin unter den Frauen im gebärfähigen Alter die  
mütterliche Mortalität der Tuberkulose nur dreimal mehr  
Dopel fordert als die Folgen abtreibender Eingriffe.  
Gewiß soll nicht bestritten werden, daß der erfahrene  
Arzt, der ja bei bestimmten schweren Erkrankungen der

Mutter mit Zug und Recht eine Schwangerschaft unter-  
bricht, die erforderlichen Eingriffe mit mehr Sachlichkeit  
und daher mit geringerer Gefährdung der Mutter aus-  
zuführen imstande ist als die im Vordergrund arbeitenden  
Pfuscher und weisen Frauen, aber selbst der geübteste  
Fachmann wird bei Verwendung der besten Hilfsmittel  
einer modernen Klinik nie in der Lage sein, einen glück-  
lichen Ausgang seiner Behandlung mit Bestimmtheit  
vorherzusagen. Die weiblichen Unterleibsorgane sind eben  
gerade während der Schwangerschaft, und zwar von deren  
ersten Anfängen an, so ungemein empfindlich gegen alle  
naturwidrigen Einwirkungen, daß trotz aller Vorichts-  
maßnahmen schwere Erkrankungen, dauerndes Siechtum  
und qualvoller Tod als Folgen solcher Eingriffe nie mit  
Sicherheit ausgeschlossen werden können, besonders dann  
nicht, wenn sie bei derselben Frau etwa zu wiederholten  
Malen vorgenommen werden. Zu allen der körperlichen  
Gesundheit drohenden Gefahren kommen aber noch jene  
unheilvollen Auswirkungen auf das Seelenleben; schwere  
nervöse Störungen, bittere Selbstvorwürfe, verjüngter und  
vollendeter Selbstmord!

Selten gewisser Kreise ist im Deutschen Reich seit  
Jahren eine eifrige Propaganda betrieben worden, die  
gegen die Abtreibung gerichteten Bestimmungen des  
Strafgesetzbuches zu beistimmen oder in einer Weise ab-  
zuändern, die einer völligen Aufhebung praktisch gleich-  
kommt. In jeder nur denkbaren Weise wurden die Frauen  
„aufgeleitet“ über das in diesen Strafparagrafen be-  
stimmte Unrecht und über die „Sengungen“, die von  
deren Beistimmung zu erwarten seien. Ganz besonders  
wurde dabei auch auf die seit dem Jahre 1920 in Sowjet-  
rußland getroffene Regelung als erstrebenswertes Ziel  
hingewiesen. Danach ist nämlich aus wirtschaftlichen  
Gründen eine — auf Staatskosten erfolgende — Schwan-  
gerschaftsunterbrechung zulässig, wenn sie in einem han-  
deltlichen Krankenhaus ausgeführt wird. Man wollte auf  
diese Weise eine Kontrolle über die Abtreibungen ge-  
winnen und diese vor allem aus der Hand der Pfuscher  
in die vermeintlich ungeschickliche des Arztes verlegen.  
Dieser letzte Schlag, der auf Grund der obigen Ausführ-  
ungen von vornherein als falsch angesehen werden muß,  
hat sich, wie aus einwandfreien Angaben russischer Ärzte  
zu entnehmen ist, als völlig trügerisch erwiesen, da in den  
zur Bornahme der Abtreibung berechtigten Kranken-  
häusern nachweislich zahlreiche Fälle schwerster Gesund-  
heitsstörungen bei den behandelten Frauen vor-  
gekommen sind und noch vorkommen. Ebenso ist es durch

die genannten Maßnahmen keinesfalls gelungen, die  
heimlichen Abtreibungen auszuhalten, sondern höchstens  
in unerheblicher Weise zu vermindern. Schon wegen der  
daher selbst in den sonst einwandigen Kreisen Rufstän-  
den in auffallendem Maße die Stimmen, die eine Beilegung  
der Frage der Abtreibung fordern.

Sollten diese Tatsachen den Kreisen, die im Deutschen  
Reich gegen die zur Zeit bestehenden Strafbestimmungen  
Sturm laufen, nicht zu denken geben! Verdient nicht auch  
der Umstand Beachtung, daß in allen anderen Kultur-  
ländern die Abtreibung mit schweren, zum Teil mit noch  
erheblich härteren Strafen als in Deutschland bedroht  
wird (z. B. Frankreich, Belgien)?

Gewiß darf nicht übersehen werden, daß die wirtschaft-  
liche Lage vieler Familien sehr schwierig ist und durch  
die mit Kinderaufzucht verbundenen Ausgaben weitest-  
möglich befreit werden. Eine Behebung dieser Notlage darf  
aber nicht erreicht werden auf Wegen, die, ohne die Wirt-  
schaftslage zu bessern, das wertvollste Gut, die Gesundheit,  
vernichten. Der Staat hat eine ganze Reihe von Maß-  
nahmen geschaffen, die, besonders den weniger Bemittel-  
ten, die Aufzucht der Kinder erleichtern (Wochenfürsorge,  
Steuernachlässe, Kinderzuschläge u. a.), er wird weiterhin  
darauf bedacht sein, die hierfür noch nicht ausreichenden  
Unterstützungen im Rahmen seiner durch die Friedens-  
verträge freilich sehr beschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit  
weiterhin zu gestalten. Der Staat hat aber auch  
die Pflicht, die für seinen Fortbestand notwendigen Siche-  
rungen zu treffen und einen Bevölkerungsrückgang auf-  
zuhalten, der uns in kürzester Zeit infolge Mangels an  
Arbeitskräften in noch viel größere wirtschaftliche Schwie-  
rigkeiten stürzen müßte und uns in wenigen Jahrzehnten  
die Frontlinie unserer sich außerordentlich schnell ver-  
mehrten städtischen Nachbarn aufzuzeigen würde. Und  
wenn heute diese Gefahr dem einzelnen vielleicht weniger  
bedenklich erscheint als der ihm aus der Einschränkung  
der Kinderzahl erwachsende vermeintliche Vorteil, so ist  
es eben Aufgabe des Staates, diesen Irrtum, der von  
berufenen Statistern und Volkswirtschaftlern schon längst  
als solcher erkannt und rechtmäßig nachgewiesen worden  
ist, richtig zu stellen. Möge diese Erkenntnis in immer  
breiteren Schichten des Volkes Eingang finden und in  
Verbindung mit den zu erfassenden staatlichen Hilfsmaß-  
nahmen für kinderreiche Familien, dazu beitragen, daß  
die heutige „Angst vor dem Kinde“ recht bald in einem  
„Willen zum Kinde“ umschlägt!

lehten amtlichen Untersuchungen bewiesen, in der weit- aus größten Mehrzahl 40 bis 60 Prozent höhere Löhne als im Frieden. Nur ganz wenige Arbeiterkategorien er- zeichnen einen höheren Prozentsatz. Es ist daher ein Trug- schluß und eine Zerküpfung, anzunehmen und die Ge- sellschaft glauben zu machen, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft den Vorkriegslebensstandard erreicht habe.

## Das deutsche Handwerk

Nach der gewerblichen Betriebszählung 1925.

Das 2. Oktoberheft von „Wirtschaft und Statistik“ bringt eine Sonderdarstellung über den Umfang und die wichtigsten Zweige des deutschen Handwerks. Einleitend wird bemerkt, wie schwierig es ist, im Rahmen der großen Betriebszählung einen klaren Gesamtüberblick über das Handwerk zu gewinnen, weil die Übergänge zwischen Handwerk und Industrie fließend sind. Heute findet sich der gelernte Handarbeiter, der neben dem Handwerksmeister als der wichtigste Träger des Handwerksbetriebes angesehen zu werden pflegt, in großer Zahl auch in Fabrikbetrieben. Umgekehrt bringt die Maschinenverwen- dung und mit ihr auch der „angelernte“ und der „unge- lerne“ Arbeiter in das Handwerk ein. Gegenüber dem Hausgewerbe ergibt sich ebenfalls keine feste Abgrenzung, da viele Handwertmeister heute für fremde Arbeitgeber (für Fabrikanten, Warenverleger usw.), aber auch teil- weise auf eigene Rechnung arbeiten.

Trotz der Schwierigkeiten läßt sich der Umfang des Handwerks annäherungsweise mit Hilfe der Betriebs- größenföderung aus der Betriebszählung feststellen. Nun ist es allerdings auch mit Hilfe der Betriebsgrößen- gliederung schwierig, die Grenze zwischen „Handwerk“ und „Industrie“ zu ziehen, denn man findet handwerkliche Be- triebe bis 10, sogar bis 50 Beschäftigten, aber auch Be- triebe mit bis 5 Personen entfallen etwa 90 Prozent aller Beschäftigten auf diejenigen Gewerbegruppen, in denen das Handwerk die typische Betriebsform ist, näm- lich in den Gewerbegruppen Essen- und Metallwaren (Schmiederei, Schlosserei, Klempnerei usw.), Holzgewerbe (Tischlerei, Stellmacherei usw.), Nahrungsmittelgewerbe (Bäcker, Fleischer usw.), Bekleidungsgewerbe (Schnei- derei, Schuhmacherei usw.) und Baugewerbe (Bauhand- werk, Malerei usw.).

In diesen Gewerbegruppen beträgt insgesamt die Zahl der Betriebe mit bis 10 Beschäftigten (ohne Hausge- werbe) 1 241 000, die Zahl der darin beschäftigten Per- sonen 2 759 000. Die übrigen Gewerbegruppen, z. B. Re- paraturwerkstätten für Maschinen, Fahrzeug-, elektro- technische Installations-, Uhrmacherei usw. bleiben weit zurück hinter den genannten 5 großen Gewerbegruppen, die zu- sammen 87 Prozent der Betriebe bis 10 Personen und 65 Prozent des in dieser Kategorie gezählten Personals umfassen. Begreiflicherweise sind diejenigen handwerk- lichen Betriebe, die dem Bekleidungs- sowie Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zugehören, am häufigsten ver- treten. Hier handelt es sich allerdings oft um sogenannte Kleinbetriebe, also Betriebe, in denen der Betriebsin- haber allein beschäftigt ist. Auf je 100 000 Einwohner des Deutschen Reiches kommen folgende Betriebe mit bis 10 Beschäftigten:

- 407 Kleider- und Wäscheherstellungsbetriebe,
- 251 Schuhmachereibetriebe,
- 98 Schmiedereibetriebe,
- 154 Tischlereibetriebe,
- 81 Stellmachereibetriebe,
- 163 Bädereibetriebe,
- 141 Fleischerbetriebe,
- 110 Maurereib- und Zimmerereibetriebe,
- 101 Malereibetriebe,
- 90 Barbiergewerbe.

In den einzelnen Gewerbegruppen liegt das Schwer- gewicht des Gewerbes hinsichtlich der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten verschieden, so überwiegen im Schmelzhandwerk die Kleinbetriebe; 58 400 Betriebe mit bis 10 Personen wurden hier in der Größenklasse mit bis fünf Personen gezählt, während in den anderen Betriebs- größen insgesamt 18 000 Beschäftigt waren. Im Bäcker- und Fleischerhandwerk liegt die größte Zahl der Betriebe und beschäftigten Personen bei den Betrieben unter 10 Personen; 60 Prozent der Beschäftigten sind hier mit- telstehende Familienangehörige, während 40 Prozent fremde Arbeitnehmer sind. Eine große Anzahl von Kleinbe- trieben, also Betriebe, in denen der Betriebsinhaber nur allein beschäftigt ist, weist das Schneider- und Schuh- macherhandwerk auf. Die Schneiderei und Wäberei zählt allein 259 000 und die Schuhmacherei 112 000 solcher Zweigbetriebe, und nur 30 Prozent in diesen Gewerbe- zweigen sind fremde Arbeitnehmer. Also auch hier ist die Beschäftigung der Familienangehörigen von Ausmaß. In der Schneiderei und Wäberei zählt man 112 000 Haus- gewerbebetriebe mit 163 000 beschäftigten Personen, so daß bei den 996 000 Betrieben mit bis 10 Personen hier noch 254 000 Betriebe mit 437 000 beschäftigten Personen als zum Handwerk gehörig bezeichnet werden können. Im Baugewerbe wurden von 68 400 Betrieben mit 185 000 Beschäftigten nur 29 500 Kleinbetriebe festgestellt, wäh- rend der große Teil der Betriebe bis 10 Personen be- schäftigt. Hier haben natürlich die Kleinbetriebe keine Bedeutung, wenn auch hier insgesamt noch rund 30 000 Kleinbetriebe gezählt wurden. Im Malereigewerbe zeigte die Größenklasse bis 5 Personen 67 800 Betriebe mit 115 000 Beschäftigten, darunter befinden sich 26 800 Klein- betriebe.

Die Beschäftigung von Lehrlingen im Handwerk hat seit 1907 zugenommen, 1907 war der Anteil der Lehrlinge in der Gesamtzahl der Gehilfen und Arbeiter in Handwerks- betrieben 21 Prozent, 1925 machte der Anteil 30 Prozent aus. Im allgemeinen zeigt die Betriebszählung, daß heute im Handwerk in den Betrieben mit bis 10 Personen etwa ein Drittel auf zwei Gehilfen und sonstige Arbeiter ge- rechnet wird. Da die im Preussischen Statistischen Landes- amt erfolgende Bearbeitung der Unterlagen für Frauen noch nicht abgeschlossen ist, so kann man aus der folgenden Übersicht der außerpreussischen Länder einen Blick in die Verteilung der Lehrlinge auf die wichtigsten Zweige des Handwerks werfen:

Gewerbebranche	Jahr beschäftigten Personen		Jahr ber Lehrlinge		Jahr beschäftigte Personen in Familien- betrieben (einschließlich Hausgewerbe)
	in den Betrieben mit bis 10 Personen	in den Betrieben mit bis 10 Personen	in den Betrieben mit bis 10 Personen	in den Betrieben mit bis 10 Personen	
Handwerk überhaupt	1 631 000	1 710 000	666 000	213 000	387 000
darunter					
Schmiederei, Klempnerei, Schlosserei usw.	142 000	147 000	75 000	34 000	54 000
Tischlerei, Stellmacherei usw.	212 000	230 000	104 000	42 000	58 000
Bäcker, Fleischer usw.	323 000	310 000	124 000	30 000	34 000
Schneiderei, Schuh- macherei usw.	381 000	384 000	118 000	47 000	57 000
Maurerei, Zimmer- malerei usw.	213 000	233 000	115 000	25 000	46 000

Gegenüber der letzten Vorkriegszählung von 1907, wo etwa 60 Prozent aller Lehrlinge auf die kleinen Betriebs- größenklassen (Betriebe mit bis 10 Personen) entfielen, ist die Beschäftigung von Lehrlingen in diesen handwerk- lichen Betrieben etwas zurückgegangen. 1925 wurden nämlich in dieser Betriebsgrößenklasse nur noch 55 Pro- zent aller durch die gewerbliche Betriebszählung festge- stellten Lehrlinge ausgebildet, die übrigen Lehrlinge wur- den in größeren Handwerks- und Industriebetrieben be- schäftigt. Damit ist natürlich nicht gesagt, ob die in den handwerklichen Betrieben beschäftigten Lehrlinge besser ausgebildet werden als in den größeren Handwerks- und Industriebetrieben.

## Die Jahresberichte der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1927

(Schluß.)

Recht zahlreich und zum Teil eigenartig sind wieder die gemeldeten gewerblichen Erkrankungen. Die Verordnung vom 12. Mai 1925 hat zweifellos auch zu einer sorgfälti- geren Meldung vor allem der Bleivergiftungen geführt, wobei allerdings eine nicht unerhebliche Zahl der gemel- deten Fälle auf Fehldiagnose beruht. Besonders großen Gefahren durch Bleivergiftung sind neben den Malern, den Kleistern und den anderen Arbeitern der Bleier- arbeitenden Gewerbe die Arbeiter der keramischen In- dustrie durch die in der Glasmaße enthaltenen Giftstoffe ausgesetzt. Welche Schädigungen hierbei auftreten können, zeigt u. a. ein Fall in einer Dienstadtfabrik, wo bei einer Arbeiterin Blindheit, Erblindung einer Seite und allge- meiner Körperverfall, verbunden mit Kollis und Ver- stopfung eintrat. In der Folge der harten Nachfrage nach Radiobatterien gut beschäftigten Akkumulatoren- fabriken ist die Zahl der Bleierkrankten gestiegen; gerade die neuergestellten Werke erweisen sich häufig als beson- ders anfällig. In verschiedenen Betrieben, die B. auf Wer- ken, hat man Versuche mit Eisenoxyd als Ersatz für Blei- mennige gemacht. Neben technischen Verbesserungen der Betriebsbedingungen und Änderungen der Arbeits- methoden ist die unerlässliche Voraussetzung zur Vermin- derung der gewerblichen Vergiftungen die persönliche Sauberkeit der gefährdeten Arbeiter. Es wird in den Be- richten häufig darüber gesagt, daß es in dieser Beziehung die Arbeiter noch vielfach fehlen lassen, daß aber auch die Einsicht der Arbeitgeber bei Fragen des Gesundheits- schutzes nicht selten zu wünschen übrigläßt. Durch fort- laufende ärztliche Untersuchung der Beschäftigten und rechtzeitige Verlegung der gefährdeten Arbeiter in andere Abteilungen versucht man andererseits drohenden Schädigungen zu begegnen; soweit die Verletzungen eine Lohn- minderung zur Folge haben, stellt man hierbei nicht selten auf den Widerstand der betreffenden Arbeiter.

Auffallend häufig waren auch Quecksilbervergiftungen in Aufsichtsbereichen bei der Herstellung der zuletzt besonders lebhaft begehrten billigen Haarbürste, deren Rohmaterial ungewöhnlich stark gebleicht werden muß. Infolge Infektion durch Milzbrand erkrankten mehrere in Fleischeren, Gerbereien, Rauchwarenparfumerien und beim Trans- port von Fellen beschäftigte Arbeiter, einige Fälle ver- liefen tödlich. Die Milzbrandkrankungen, die während des Krieges sehr zurückgegangen waren, haben ungefähr wieder den Stand wie bei Kriegsbeginn erreicht. — Das in letzter Zeit immer mehr in Mode gekommene Pudern der Fingern bringt nicht unerhebliche Gesund- heitsgefahren für die damit beschäftigten Arbeiter mit sich, wenn es von Hand erfolgt. Das heiderrliche Pudern der Pedalblätter vor ihrer Verarbeitung ist untersagt worden, im Übrigen darf das Pudern nur in abgetrennten, gut entlüfteten Räumen vorgenommen werden. Leute unter 18 Jahren sollen damit nicht beschäftigt werden. (Moderne Betriebe wenden allerdings bereits maschinelle Verfahren an.) Die Vergiftungen durch Kohlenoxyd nehmen eher zu als ab; der anwachsende Autoverkehr (Vergiftungen durch Abspuffgase in Garagen) ist hieran stark beteiligt. Eine neue technische Erfindung scheint geeignet, künftig man- chen Unfall durch Gasevergiftung zu verhindern. Der Che- miker Callenberg in Münster hat einen Gasfinder „Glüd- auf“ konstruiert, mit dem man gefährliches Anwesenheit von giftigen Gasen in der Luft der Arbeitsräume usw. feststellen kann. Der Apparat soll sich in der Praxis be- reits bewährt haben. — Einige nicht unerhebliche Er- krankungen (Schädigungen, Ohnmachtsanfälle) beim Feinigen mittels „Ter“, eines Erzhaltigen Pulvers, be- zeichnen erneut die Gefährlichkeit dieses Stoffes, mit dem man nur in geschlossenen Apparaturen bzw. unter wirt- samen mechanischen Abzugsvorrichtungen arbeiten darf. Ein anderer zum Putzmitteln verwendeten Walmittel „Hopfolin“ hat zu Entzündungen an Händen und Unterarmen geführt. Mehrere Baurückkrankungen, die sich Folterer bei der Verwendung von mit Terpentin vergäl- tem Spiritus zugezogen haben, lassen dieses Vergiftungs- mittel als ganz ungeeignet erscheinen.

Diese kurze Auslese der im Berichtsjahre festgestellten gesundheitsgefährlichen Einflüsse läßt die vielfältigen Ge- sundheitsgefahren, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, abtun und liefert den Beweis für die Berechtigung der Forderung, in größerem Umfange als bisher neben tech- nischen auch ärztliche Gewerbeaufsichtsbeamte mit der Überwachung der Betriebe zu betrauen. Die Durchführung der in den Betrieben von den Ge- werbeaufsichtsbeamten getroffenen Anordnungen ist nach den Berichten im allgemeinen reibungslos erfolgt, jedoch

bedurfte es da und dort auch der Anwendung polizeiliches Zwangsmittel. Recht eigenartig mutet es dabei an, daß solche auch gegen Gemeindeverwaltungen (!) notwendig waren und in einem Falle ein widerpenflicher Bürger- meister sogar mit Strafe belegt werden mußte.

Die Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an Unfall- und Gesundheitschutz hat durch weitere Einlei- tung sog. „Arbeits-Ingenieure in größeren Betrieben sowie durch die Bildung von Unfallschutz-Kommissionen und die Ernennung von Sicherheitsmännern in den einzelnen Abteilungen weitere Fortschritte gemacht. So werden in einzelnen Betrieben regelmäßige Besichtigungen und Ge- sprechungen durch die Kommission abgehalten, in anderen finden Vorträge und Lehrzusatzenentwürfe statt, zu denen die Meister und Vorarbeiter des Betriebes zugezogen wer- den. Brauchbare Anregungen für Unfallverhütungsbilder werden in einem Werte mit 5 RM. bezahlt, gute Vor- schläge für Unfallverhütungsmassnahmen mit Prämien bis zu 50 RM. oder auch mit der Beförderung zum Vor- arbeiter gewertet. Auch auf die unsachliche Ausbil- dung der Lehrlinge wird in größeren Betrieben Wert gelegt.

Die Mitwirkung der Betriebsräte beim Betriebschutz wird recht verschiedentlich beurteilt. Insbesondere wird den BR. der Großbetriebe, die seit längerer Zeit amtieren und sich demzufolge auch ein beachtenswertes Maß von Kennt- nissen aneignen konnten, ein gutes Zeugnis ausgespro- chen und hervorgehoben, daß sie in anerkennenswerter Weise bei der Unterbindung von Unfällen mitgewirkt und oft recht gute Verbesserungsmaßnahmen gemacht hätten. Da- gegen ist anderwärts wieder eine große Interesselosigkeit der BR. für Fragen der Unfallverhütung und mangel- haftes Verständnis für die Anforderungen des Gesund- heitschutzes festgestellt worden. Diese Feststellung ist ebenso unerfreulich, wie der an anderer Stelle der Be- richte wiederholt erwähnte weitere Rückgang der ge- setzlichen Betriebsvertretungen trotz des guten Gesichts- ganges der Industrie während des Berichtsjahres.

## Arbeiterinnenbewegung der christlichen Gewerkschaften

Seitens des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wurde im letzten Jahre bekanntlich der Jahres- bericht erstmalig in Buchform herausgegeben. In dem- selben ist die Arbeiterinnenbewegung innerhalb der christlichen Gewerkschaften in einem besonderen Kapitel behandelt. Da uns als Arbeiterinnen dieser Teil des Jahrbuches besonders interessiert, bringen wir denselben nachstehend zum Abdruck.

Im Jahre 1927 zählten die Berufsverbände 121 831 Arbeiterinnen, gegen 27 623 im Jahre 1913. Es ist mit- hin gegen die Vorkriegszeit eine Verdreifachung der weiblichen Mitgliederzahlen zu verzeichnen. In den ande- ren Gewerkschaftsrichtungen war die Entwicklung ähn- lich. In Anbetracht dessen, daß die Zahl der in Industrie und Gewerbe beschäftigten Frauen dauernd stark steigt, ist allerdings die gewerkschaftliche Erfassung der Arbeiterinnen nicht zufriedenstellend. Es wird versucht werden müssen, die Arbeiterinnen stärker für die Gewerkschaften zu interessieren. Die unorganisierte Arbeiterin, die vom Lohn- und Tarifwesen ihres Gewerbes nichts weiß, bedeutet eine Gefahr für die Forttreiben der Ar- beiterkraft. Unverkennbar ist die Tendenz der Unter- nehmer — begünstigt durch die Rationalisierung der Be- triebe — immer mehr Arbeiterinnen einzustellen und diesen Arbeiten zuzuwenden, die vorher von Männern geleistet wurden. Der Lohn für die Arbeiterin wird aber von vornherein geringer angesetzt. Notwendig erscheint die Prüfung, ob die Arbeiterinnen fähig sind auch in der Lage sind, ohne gesundheitlichen Schaden die ihnen zu- gewiesene Leistung auszuführen. Wenn Frauen an Stelle von Männern beschäftigt werden, muß ihnen für die gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt werden. Da- von sind wir aber noch weit entfernt. Gewerkschaftliche Bestrebungen werden auf dem Gebiete der Entlohnung der Frauennarbeit verstärkt einlehen müssen. Die Lohn- spanne zwischen Männer- und Frauenlohn beträgt z. B. bis zu 40 Prozent und mehr. Eine gleiche Entlohnung ist nur in einigen Tarifgebieten der Textilindustrie er- reicht. Die organisierten Textilarbeiterinnen haben mit Erfolg tapfer gekämpft. Die unqualifizierten Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in den Gewerbezeigen zu ver- zeichnen, in denen fast ausschließlich Frauennarbeit vor- herrscht, z. B. in der Bekleidungsindustrie, besonders der Wäscheindustrie. In dieser Berufsgruppe bestehen nur wenige und teilweise unzulängliche Tarife, die auf schä- den gewerkschaftlichen Zusammenhalt zurückzuführen sind. Für die Beurteilung der sozialen und wirtschaft- lichen Lage der Arbeiterinnen ist die Stärke ihrer ge- werkschaftlichen Beteiligung ein guter Maßstab. Die Ver- hältnisse sind in den Gewerbegruppen und -betrieben am schlechtesten, in denen die Gewerkschaften fehlen oder un- genügenden Einfluß haben. Es gilt für die Arbeiterin- nen, nicht nur gewerkschaftlich organisiert zu sein, son- dern auch mit ganzer Hingabe ihre Interessen innerhalb der Gewerkschaften zu vertreten. Die Gewerkschafts- bewegung räumt den Frauen volle Gleichberechtigung ein. Wo die Frauen in der Gewerkschaftsbewegung nicht zur Geltung kommen, liegt das in den meisten Fällen daran, daß die Gleichberechtigung praktisch nicht bean- sprucht wird. Feststellungen ergeben aber, daß die Zahl der verantwortungsbewußt gewerkschaftlich mitarbeitenden Frauen sich erhöht. So konnten in die Ausschüsse und Vorstände der Krankenkassen vielerorts Gewerkschaftlerinnen entsandt werden. Dessenungeachtet sind in den Betriebs- räten eine erhebliche Anzahl Frauen tätig. Der Zentral- verband christlicher Tabakarbeiter meldet z. B. 444 weib- liche Betriebsratsmitglieder. Dem wichtigsten Gebiet des Arbeiterinnenhandels wurde im Berichtsjahre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die christlichen Gewerkschaften erkennen den erheblichen Arbeiterinnenhandels als notwendig an, wie verschärfte Schutzbestimmungen für die Jugendlichen.

Für das Arbeitsnachweh wurden von den christlichen Gewerkschaften Forderungen zum „Erhöhen Gehalt für weibliche Arbeitnehmer“ gestellt und im Reichswirt- schaftsrat vertreten.

Besonderes Augenmerk wurde der Durchführung und Anwendung des Arbeiterinnenhandels gewidmet. Es galt, bei Arbeitsverträgen Abhilfe zu schaffen, ander- seits die beteiligten Arbeiterinnen mit den bestehenden Schutzbestimmungen vertraut zu machen. Die Arbeiterin

muss im gleichen Maße wie der Arbeiter für ihre Rechte einzutreten können. Der Gesamtverband betrachtet es daher als eine wichtige Aufgabe, Schulungsmaßnahmen für Arbeiterinnen zu schaffen. Neben Arbeiterinnenversammlungen, Konferenzen der Wirtschaft von Arbeiterinnenkommissionen, wurden in mehreren Bezirken dreitägige Kurse für Arbeiterinnen veranstaltet. Etwa 200 Arbeiterinnen der verschiedenen Berufsverbände nahmen an diesen Kursen teil. ... Bildend, aufklärend und belehrend wirkt auch das „Frauenblatt“ des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, das neben der Verbandszeitung von einigen Verbänden obligatorisch für die weiblichen Mitglieder geliefert wird. Wenn sich die Erfolge der Bildungsarbeit auch nicht mit Zahlen beweisen lassen, so darf die Gewerkschaftsbewegung doch für sich in Anspruch nehmen, Standes- und Selbstbewusstsein unter den werktätigen Frauen zu wecken und zu pflegen und der Arbeiterin Achtung und Anerkennung zu verschaffen.

### „Wer zuletzt lacht, lacht am besten“

„Was, du zahlst noch Beiträge zum Verband? Mensch, du bist ja verrückt! Was hast du davon? Wenn die Gewerkschaften etwas herauszubringen imstande sind, kriegen wir es ja doch alle. Zu was brauchen wir denn die Beiträge zahlen? Na, die sollten mich reuen. Wenn eben die Verwaltung nicht zahlen will, können die Gewerkschaften auch nichts machen. Zu was soll ich mein gutes Geld noch den Gewerkschaften in den Kassen schmelen?“

So wurde Jakob ausgelacht und gehänselt. Kein Mensch im Betriebe wollte etwas von Gewerkschaften wissen. Das aber ohne Gewerkschaften nicht vorwärts zu kommen war und niemand zu seinem Recht kommen konnte, das hatte nur Jakob erfaßt, der treu und brav seine Beiträge bei der Deutschen Wasserstraßen-Gewerkschaft zahlte, ohne immer gleich eine Gegenleistung zu verlangen. Verböhnt wurde er von seinen Kollegen, wenn er ihnen sagte: „Ich zahle meine Beiträge nicht bloß ein paar Wochen, wenn es brennt, sondern ich zahle für das, was sie auch für mich die letzten Jahre herausgeholt haben, und das kann ich gar nicht alles bezahlen.“

„Na, da laß dir nur die Lohnverhöhung in der Tasche, die wir meistens auf dem Papier bekommen haben. Ja, ja, die Beiträge schluden, aber nichts tun, das könnte denen so passen. Nein, so bumm sind wir nicht. In die Gewerkschaften, da kriegen uns seine zehn Pferde herein.“

So ging es tagaus, tagen. Jakob sagte jedem seine Meinung, denn in dieser Beziehung war er ein ganzer Mann, legte Lohnzettel zu Lohnzettel und stellte die Forderung wegen der Brahmshifferzulage (Ottoder Hafen) an die Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft und wartete ruhig auf das, was kommen würde.

Ein Antrag wurde gestellt; nach wochenlangen Verhandlungen hatte das Reichsperleministerium entschieden: Die Schifferzulage wird vom Tage des Beginns der Baggerarbeiten nachgezahlt.

184,10 RM. machte es gerade aus. Jakob rechnete seinen Arbeitskollegen vor, daß er während der Zeit gerade 10,80 RM. Beitrag gezahlt habe. „Dat es sich lohnt?“ fragte er seine Kumpels.

Die Lachten lacht nicht mehr, sondern ärgerten sich, daß sie es nicht auch bekamen. „Bittelst du kommt Irgen nochmal dahinter, wozu der Verband ist!“

In kurzer Zeit wurde gemeldet: Die Brahmshifferzulage der Bauwerke ... hat sich reiflos der Deutschen Wasserstraßen-Gewerkschaft angeschlossen. Also, durch Schaden ist sie klug geworden!

(Aus „Strom und Schiene“.)

### Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen

Vom Zentralverband deutscher Kriegesbeschädigter und Kriegeshinterbliebener, e. V., Berlin N.O. 18, wird uns geschrieben:

Der Deutsche Reichstag hatte im Zusammenhang mit dem 6. Gesetz zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, für die Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen bis auf weiteres einen jährlichen Betrag von 20 Millionen RM. zur Verfügung zu stellen und die Erziehungsbeihilfen im Bedarfsfalle bis zum vollendeten 24. Lebensjahre zu gewähren. Nach den auf Grund dieses Gesetzes herausgegebenen Erlassen konnten die Erziehungsbeihilfen jedoch nur einem begrenzten Kreise von Kriegerwaisen zugute kommen. Es ist jetzt ein neuer Erlass des Reichsarbeitministers herausgegeben, wodurch die bisherigen Bestimmungen über die Gewährung von Erziehungsbeihilfen nicht unwesentlich erweitert wurden. So können jetzt Erziehungsbeihilfen auch gewährt werden neben der Zuschlagrente für von der Republik Österreich versorgte Waisen. Unter den allgemeinen Voraussetzungen können Kriegerwaisen auch Erziehungsbeihilfe erhalten, wenn die Versorgungsberechnung gemäß § 86 des Verfahrensgesetzes nur vorläufigweise gewährt werden. Auch wenn die Waisentreue nur auf Grund von Härtevorwürfen gewährt wurde, kann die Erziehungsbeihilfe bewilligt werden, ebenso, wenn nur Rente, aber keine Zuschlagrente gewährt wird und wenn die Weitergewährung der Rente zwar abgelehnt, zur Durchführung der Berufsausbildung der Waise aber noch ein gewisser Betrag erforderlich ist. Eine Erziehungsbeihilfe bis zur Höhe von monatlich 25.- RM. kann auch unter Anrechnung etwaiger Hinterbliebenenbezüge aus anderen Quellen für Waisen gewährt werden, die auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung in Erziehungsanstalten untergebracht sind und für Waisen, die wegen Gebrechlichkeit nicht für einen bestimmten Beruf ausgebildet werden können, wenn sie ausschließlich auf Rente und Zuschlagrente angewiesen sind. In diesem Falle beträgt die Erziehungsbeihilfe monatlich 10.- RM.

Sind Hinterbliebenenbezüge aus anderen Quellen vorhanden, so müssen diese Bezüge vor der Erziehungsbeihilfe in Anspruch genommen werden. So sind z. B. angerechnet: Kinderzuschläge für Beamtenwaisen, die aus Anlaß des Todes des Vaters gewährt werden; Waisenbezüge aus Erbschaften der Angehörtenversicherung und Pensionen oder regelmäßig wiederkehrende Zuwendungen, die der Arbeitgeber des Verstorbenen den Waisen gewährt. Stipendien gelten nicht als Hinterbliebenenbezüge aus anderen Quellen; Kinderzuschläge, die die Mutter zu ihrem Arbeitslohn oder der Stiefmutter für eine Waise erhält, es sei denn, daß für die Waise

auch ein Kinderzuschlag aus Anlaß des Todes des Vaters gewährt wird. Anträge auf Gewährung der Erziehungsbeihilfe sind stets an die zuständige Fürsorgebehörde zu richten. Unentgeltliche Auskunft und Beratung in diesen Fragen erteilen jedoch auch sämtliche Ortsgruppen des Zentralverbandes deutscher Kriegesbeschädigter und Kriegeshinterbliebener e. V.

### Rundschau

#### Das deutsche Volk ein herbendes Volk?

Die 3 1/2 Millionen durch den Krieg ungeboren gebellener Deutscher sind heute im eigentlichen Sinn des Wortes noch nicht erreicht. Die rund 800 000 Ehen, die während der Kriegszeit weniger geschlossen wurden, als sich normaler Weise erwarten ließ, sind zwar reiflos eingeholt, keineswegs aber die ausgefallenen Geburten. Die Fruchtbarkeitsziffer des Jahres 1923 blieb, wie Dr. Burgdörffer vom Statistischen Reichsamt nachweist, um 28%, die vom Jahre 1926 sogar um 32% hinter der des Jahres 1913 zurück! Dabei darf man nicht vergessen, daß auch schon die Geburtenzahl von 1913 fast gegenüber der von 1875 um die Hälfte vermindert hatte und sich in ständig abnehmender Linie befand. Am Markten wird dieser bedenkliche Rückgang, wenn man sich vergegenwärtigt, daß am die Jahrhundertwende auf 1000 verheiratete Frauen im gebärfähigen Alter noch 300 im Jahre 1926 nurmehr 138 Kinder kamen. Die eheliche Fruchtbarkeitsziffer des letzten Vorkriegsjahres war bereits um ein Drittel gegenüber der Jahrhundertwende zurückgefallen. Nochmals um ein Drittel ist die Geburtenzahl bis zum Jahre 1926 gesunken. Mit einem Stillstand dieser Bewegung ist vorläufig nicht zu rechnen. Aus der Statistik von Dr. Burgdörffer geht im übrigen auch hervor, daß die gegenwärtige Durchschnittsfruchtbarkeit von 3,4 Kindern, also die heutigen Geburtenleistungen der verheirateten Frauen, allein nicht mehr ausreichen, um den Bestand des Volkes aufrecht zu erhalten. Es bedarf dazu der Ergänzung durch die unehelichen Geburten — ein wenig erfreulicher Zustand. Man kann annehmen, daß heute nur etwa noch ein Zehntel aller Familien zu den sogenannten „Kinderreichen“ Familien gehören, und daß es nur dieser geringen Zahl von Familien zu verdanken ist, wenn unser Volk noch am Leben erhalten wird und zu wachsen scheint. Auf Grund neuerer Forschungen und Zahlen kam man zu dem weiteren Ergebnis, daß unser Volk nicht nur kein wachsendes mehr ist, sondern bereits den ersten Schritt getan hat, ein herbendes Volk zu werden.

#### Geburtenüberschuss

Der Ueberschuss der Geburten über die Sterblichkeit hängt einerseits von der Höhe der Geburten und andererseits von der Verringerung der Sterblichkeit ab. Im Jahre 1926 kamen auf 10 000 Einwohner:

in	Geburten	Sterbefälle	demnach Geburtenüberschuss
Italien	270	167	103
Poland	238	98	140
Deutschland	193	116	78
Belgien	190	133	57
Frankreich	188	175	13
England	178	116	62

In Bezug auf den Geburtenrückgang ist Deutschland nicht mehr weit von Frankreich entfernt. Sein relativ höherer Geburtenüberschuss ist bedingt durch das Sinken der Sterbeziffer. Der Geburtenrückgang in Deutschland hat inwieweit trotz des Weltkriegs im letzten Vierteljahre eine weitere Verschlechterung erfahren.

#### Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung

In den „Evangelisch-sozialen Stimmen“, der Verbandszeitung evangelischer Arbeitervereine, fordert in Anbetracht der immer größer werdenden Schwierigkeit der älteren Arbeiter, Arbeit zu erhalten und zu behalten, F. Meißner die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung von 65 auf 60 Jahre, eine Herabsetzung, die jeder sozial gerecht denkende Volksgenosse auf das wärmste unterstützen muß. Meißner errechnet an Mehrkosten rund 200 Millionen Reichsmark jährlich, und zeigt treffend bemerkt er zum Schluß: „Angesichts der Not der älteren Arbeiter muß die ermittelte Summe von 200 Millionen als relativ niedrig bezeichnet werden, so daß wir mit vollem Rechte die baldige Durchführung unserer Forderung erwarten können.“

#### Arbeitereinsparung durch die Nationalisierung

Eine wie stark Arbeitereinsparung bei gleichbleibender oder gar gesteigerter Produktion durch die Nationalisierungsmaßnahmen herbeigeführt wurde, geht einwandfrei und deutlich aus den „Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbekanntem und Bergbehörden für das Jahr 1927“ hervor. So wird zum Beispiel der Bergbaubetrieb in einem Hohenstein des Regierungsbezirks Osnabrück statt von bisher 60 nunmehr von zwei Arbeitern gehandhabt. In der Blauschieferindustrie macht ein Mann an einer Maschine die gleiche Arbeit, für die bisher 16 Arbeiter notwendig waren. Die Arbeitszeit für ein Oberhemd ist durch weitgehendste Arbeitsteilung von fünf auf zwei Stunden herabgedrückt. Neue Knopfloch- und Knopfnähmaschinen machten 35 Frauen überflüssig. Den Augen einer solchen Erparnis hatten bisher ausschließlich die Arbeitgeber. Für die Arbeitnehmer blieb nur die Schattenzeit, nämlich der Verlust ihrer Brotkruste. Die Nationalisierung hat nur dann volkwirtschaftlichen Wert, wenn ihre Vorteile durch Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Preislenkung allen Produktionsbeteiligten und der Volksgemeinschaft zugute kommen.

#### Was Frankreich für die kinderreichen Familien tut

Bekanntlich ist in Frankreich der Familienstandslohn nicht nur in weitestem Umfange vorhanden, er wird auch durch staatliche Ausgleichstellen gefördert. Familien mit vier Kindern bekommen außerhalb des Rahmens der Armenunterstützung staatliche Beihilfen. Sie werden steuerlich bevorzugt. Erparnisse und Städte zahlen Geburtsprämien von 300 bis 1000 Francs. Für kinderreiche Familien tritt eine Ermäßigung der Eisenbahnfahrtpreise von 30 bis 70 Prozent ein. Für Söhne von Familien mit mindestens fünf Kindern tritt die Verringerung der Militärdienstzeit ein.

**Achtung!**  
Der 2. Beitrag für 1929 ist fällig für die Woche vom 13. Januar bis 19. Januar, der 4. vom 26. bis 31. Januar.

**Bedenktafel.**  
†  
Es starb unser treues Mitglied  
**Julie Kuschok, Reuzerboof**  
Ehre ihrem Andenken.

**Zuschneide-Schulen**  
der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen  
Köln a. Rhein, Neumarkt 27-29 und  
Friedr. Köhn, Lübeck, Mühlenstraße 69  
bieten für Schneider und Schneiderinnen die  
beste und erfolgreichste Auszubildung  
im Fachchnitt moderner Damen- und Herrenkleidung.  
Beginn neuer Kurse am 1. und 16. eines jeden Monats.  
Lehrbücher zum Selbstunterricht  
für Damen- und Herrenmoderobe.  
Schneidmusterserverwand  
Tafelklausur-Prospekt gratis!

**Diel Zeit**  
ersparen Schneidermeister und -Meisterinnen durch  
Lesen einer guten Fachzeitschrift. Jede Saison  
bringt neue Linien und Nachfolgerungen. Unzweifelhaft  
„Praktische Fachwissenschaft“  
(Fachzeitschrift für Herren- und Damenmoden)  
bringt in Bildern, Zeichnungen und Text mit  
ausführlichen Erklärungen, wonach jedes Modell  
aufgestellt werden kann, stets die modernsten fassbaren  
Artikel und Abhandlungen über Schnitt, Verarbeitung,  
Anprobe und Abänderungen von bewährten, in der Praxis  
stehenden Zuschneidern gestaltet die Zeitschrift  
lehrtrechtlich für jeden Kollegen und jede Kollegin.  
für Verbandsmitglieder beträgt der Bezugspreis  
pro Jahr für 6 Hefen Mk. 4,50.  
Zu beziehen durch den  
Verlag, Köln a. Rh., Neumarkt 27-29.

**Die Moden-Rundschau**  
Beste und billigste Fachzeitschrift  
für jeden Meister und Zuschneider sowie für jeden Schneider  
und Schneiderin. Dieselbe wird vom Verband der Zuschneider  
Zuschneiderinnen und Direktinnen, Sitz Hamburg, herausgegeben.  
Sie kostet im Jahresabonnement  
**4,50 Mk. im Jahr**  
Sodamals im Jahr erscheint ein Doppelheft  
Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß wir unter  
Mithilfe bester Fachleute in dem kommenden Jahr die Fach-  
abend-Beilage der Zeitschrift noch wesentlich besser ausgestatten  
werden. Kein Schneider und keine Schneiderin sollte ver-  
zäumen, die Zeitschrift zu bestellen. Preis für Mitglieder der  
Verbände Mk. 4,50  
Bestellungen sind zu richten  
**Verlag: Die Moden-Rundschau, Hamburg II**  
Admiralitätsstraße 10 II

**ZUSCHNEIDE - SCHULEN**  
des Verbandes der Zuschneider, Zuschneiderinnen  
und Direktinnen, Berlin W 66, Mauerstraße Nr. 84/85  
Erstklassige Lehranstalt für den Zuschnitt  
der gesamten Herren- u. Damengarderobe  
Beginn der Tageskurse  
am 1. und 15. eines jeden Monats.  
Unterrichtet wird täglich von 9 Uhr vorm. bis 1 1/2 Uhr nachm.  
Beginn der Abendkurse am 1. jeden Monats.  
Lehrbücher zum Selbstunterricht für die Herren- und Damen-  
schneider, - Schneidmusterserverwandung nach Maß, - Normal-  
schnittliste einzeln und in Serien, - Prospekte gratis und franko.  
Mitglieder sämtlicher Verbände erhalten Rabatt.